

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-002128/2025
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Paolo Inselvini (ECR), Romana Tomc (PPE), Vasile Dîncu (S&D), Carlo Fidanza (ECR), Mario Mantovani (ECR), Sergio Berlato (ECR), Alessandro Ciriani (ECR), Ioan-Rareș Bogdan (PPE), Nicolas Bay (ECR), Antonella Sberna (ECR), Mariateresa Vivaldini (ECR), Chiara Gemma (ECR), Claudiu-Richard Târziu (ECR), Michele Picaro (ECR), Șerban Dimitrie Sturdza (ECR), Branko Grims (PPE), Rihards Kols (ECR), Raúl de la Hoz Quintano (PPE), Giuseppe Milazzo (ECR), Matej Tonin (PPE), Piotr Müller (ECR), Aurelijus Veryga (ECR), Georgiana Teodorescu (ECR), Kosma Złotowski (ECR), Waldemar Tomaszewski (ECR), Alberico Gambino (ECR), Fernand Kartheiser (NI), Niels Geuking (PPE), Christophe Gomart (PPE), Nora Junco García (ECR), Diego Solier (ECR), Sunčana Glavak (PPE), Daniele Polato (ECR), Davor Ivo Stier (PPE), Massimiliano Salini (PPE), Karlo Ressler (PPE), Gabriella Gerzsenyi (PPE), Elena Donazzan (ECR), Margarita de la Pisa Carrión (PPE), Andi Cristea (S&D), Loránt Vincze (PPE), Marion Maréchal (ECR)

Betrifft: Einstufung von Ausgaben für bevölkerungspolitische Maßnahmen als Investitionen in Bezug auf das Haushaltssaldo

Der demografische Winter stellt eine der dringendsten Herausforderungen für Europa dar und hat schwerwiegende Auswirkungen auf unterschiedliche Bereiche der Gesellschaft wie Kultur, Wirtschaftswachstum sowie Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen und Rentensysteme. Im Bericht Draghi wird prognostiziert, dass die Erwerbsbevölkerung in der EU bis 2040 um fast zwei Millionen Menschen pro Jahr zurückgehen wird, was die Notwendigkeit struktureller Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit unterstreicht.

Die EU kann sich nicht nur passiv an die alternde Bevölkerung anpassen, sondern muss handeln, indem sie künftige Generationen in den Mittelpunkt ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik stellt. Derzeit werden die Ausgaben der Mitgliedstaaten für bevölkerungspolitische Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenraten als laufende Ausgaben eingestuft und unterliegen Haushaltszwängen. Ihre langfristigen positiven Auswirkungen auf das Wachstum in Europa sind jedoch offensichtlich.

Die Einstufung solcher Ausgaben als Investitionen in die Fähigkeiten und Fertigkeiten der Menschen und in die wirtschaftliche Entwicklung, und zwar auch in Bezug auf die EU-Haushaltsregeln, würde es den Mitgliedstaaten ermöglichen, ihre bevölkerungspolitischen Maßnahmen flexibler umzusetzen.

1. Beabsichtigt die Kommission, die Ausgaben der Mitgliedstaaten für bevölkerungspolitische Maßnahmen als Investitionen im Rahmen des Stabilitäts- und Wachstumspakts einzustufen?
2. Beabsichtigt sie, eine Generaldirektion oder ein spezielles Referat einzurichten, das sich mit bevölkerungspolitischen Maßnahmen befassen soll?
3. Welche Initiativen könnten in Betracht gezogen werden, um Mitgliedstaaten zu belohnen, die in strukturelle demografische Maßnahmen investieren?

Unterstützer¹

Eingang: 28.5.2025

¹ Diese Anfrage wird von einem Mitglied unterstützt, das nicht mit den Verfassern bzw. Verfasserinnen identisch ist: Stefano Cavedagna (ECR)